

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 9. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

**Anwesende sachkundige
Einwohner/innen:**

Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj,
Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr
Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis,
Frau von Houwald

Abwesend:

StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR
Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau
Blanco, Frau Das

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r eröffnet die Sitzung. Zu Beginn der Sitzung wird
Frau Ophelia Giokarinis vereidigt.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r zieht *Herrn Osman Cakir* vom Jugendgemeinderat
sowie *Herrn Heinrich Kümmerle*, Vertreter der Europa Union, als Sachverständige zur
heutigen Sitzung hinzu.

Verteiler:
I/107

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 09. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

Anwesende sachkundige Einwohner/innen: Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj, Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis, Frau von Houwald

Abwesend: StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau Blanco, Frau Das

- 1 -

Aktuelle Flüchtlingssituation und Flüchtlingsarbeit in Heilbronn

Frau Mona Klein, Flüchtlingsbeauftragte im Amt für Familie, Jugend und Senioren, stellt sich vor und informiert über die aktuelle Flüchtlingssituation und Flüchtlingsarbeit in Heilbronn. Sie stellt einen Rückblick auf die Flüchtlingszahlen in Heilbronn aus dem Jahr 2016 vor sowie einen Ausblick für das Jahr 2017. Ferner berichtet Frau Klein über ihre Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und den freien Trägern, die einen wichtigen Teil ihrer Arbeit ausmachen. Frau Klein weist auch darauf hin, dass das Projekt

samo.fa zur Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen und -vereinen, welches von Herrn Ali Mansouri – Mitarbeiter im Amt für Familie, Jugend und Senioren – betreut wird, bis 31.12.2017 verlängert werden konnte.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage angeschlossen.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich für den Vortrag.

Auf die Nachfrage aus dem Beirat, was mit dem Projekt von Öney Bilkay aus dem Jahr 2015 wurde, durch welches 40 jesidische Frauen und Kinder im Jahr 2015 in Heilbronn untergebracht wurden, erklärt Frau K l e n k, dass sie hier nur positives berichten könne. Diese Personen seien noch in Heilbronn und werden auch besonders intensiv durch die Sozialbetreuung betreut. Die Sozialarbeiterinnen sind mehrsprachig, um hierdurch noch enger mit den Damen zusammenarbeiten zu können. Es habe sich auch ein sehr gutes bzw. großes Angebot für die Kinder etabliert, z. B. im Bereich Traumaarbeit von der Diakonie und auch bei der Kinderbetreuung durch Ehrenamtliche.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r ergänzt an dieser Stelle, dass die Frauen hier so langsam angekommen seien. Diese Frauen würden mittlerweile auch Sprachkurse besuchen, entwickeln Interesse an ihrem Umfeld und seien in der Stadt unterwegs. Hierzu trage ein großartiges freiwilliges und ehrenamtliches Unterstützungssystem bei, das sehr gut begleite. Sehr gute Unterstützung bieten auch die Kindertagesstätten und Schulen, die die Kinder besuchen.

Herr StR B u r k a r d t berichtet, dass in Neckargartach immer mehr Flüchtlinge die Hilfe der Ehrenamtlichen nicht mehr benötigten. In Neckargartach sei das Begegnungscafé eingestellt worden, weil die Flüchtlinge mit der Zeit nicht mehr gekommen seien. Auch der Nachhilfeunterricht sei eingestellt worden, weil ein Großteil der Flüchtlinge schon relativ gut Deutsch spreche und auch in diesem Bereich auf die Hilfe nicht mehr angewiesen sei. Innerhalb des Netzwerkes in Neckargartach hätten sich allerdings Bekanntschaften und auch Freundschaften entwickelt, so dass die Flüchtlinge hier inzwischen direkt auf ihre Ansprechpartner zügigen. In Neckargartach habe sich alles sehr gut entwickelt, betont Herr StR B u r k h a r d t. Allerdings gebe es Probleme, wenn die Flüchtlinge eine Anerkennung erhielten und aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen möchten. Man suche händeringend Vermieter, die an Flüchtlinge vermieten würden. Flüchtlinge hätten so gut wie keine Chance, eine Wohnung zu bekommen. Denn viele Vermieter würden nicht an Ausländer und Flüchtlinge vermieten.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich und ergänzt, dass viele Flüchtlinge schon gut Fuß gefasst hätten, vor allem da eine intensive Begleitung gewährleistet worden sei. Das Problem des Wohnraums sei bekannt. Es gebe viele Menschen in den vorläufigen Unterkünften, die ausziehen würden, wenn sie Wohnraum hätten. Es habe aber bereits auch sehr viele Vermieter gegeben, die bereit gewesen seien Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Man würde sich aber natürlich über jedes zusätzliche Angebot freuen. Die Stadt sei auch bereit, mit den Vermietern Lösungen zu finden, um deren Risiko wie etwa Mietausfälle oder Ähnliches zu minimieren. Es wäre schön, wenn hier aber auch noch weitere Angebote zur Verfügung gestellt werden würden.

Frau StRin K ä f e r lobt die Flüchtlingspolitik und bedankt sich bei Frau Bürgermeisterin Christner, Herrn Kraft und Frau Stenzel. Diese hätten es ihr und dem Frauenverein

ermöglicht, die jesidischen Frauen und deren Kinder kennenzulernen. Das sei eine gute und wichtige Erfahrung gewesen.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s.

Verteiler:
I/107, 50

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 09. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

Anwesende sachkundige Einwohner/innen: Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj, Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis, Frau von Houwald

Abwesend: StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau Blanco, Frau Das

- 2 -

Mach mit Heilbronn! – 1. Markt der Beteiligung Vorstellung des Konzepts und Möglichkeiten der Beteiligung des Beirats auf dem Markt.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r führt in das Thema ein und betont, dass das Konzept momentan gemeinsam mit der Stabstelle Partizipation und Integration und dem Dezernat III weiterentwickelt würde. Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r betont, dass der 1. Markt der Beteiligung zwei Zielrichtungen habe. Zum einen diene er dazu,

sich bei allen Engagierten zu bedanken, zum anderen auch gleichzeitig dazu die Engagierten in die Weiterentwicklung des Unterstützungssystems der Stadt Heilbronn einbeziehen möchte.

Frau K r u g, Trainee bei der Stabsstelle Partizipation und Integration, stellt das Konzept des Bürgerbeteiligungsfestes am 30. Juni 2017 vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage angeschlossen.

Frau K r u g berichtet, dass der 1. Markt der Beteiligung aus drei Veranstaltungen bestehe. Bereits am 29. Juni 2017 von 19 bis 21.30 Uhr gebe es zum 1. Markt der Beteiligung eine Auftaktveranstaltung im Abraham-Gumbel-Saal in der Volksbank Heilbronn. Am 30. Juni, vor Eröffnung des 1. Marktes der Beteiligung, von 10 bis 12 Uhr finde dann eine Fachveranstaltung mit Frau Staatsrätin Erler statt. Diese Veranstaltung sei nur für ein angemeldetes Fachpersonal, welches mit Ehrenamtlichen zusammenarbeite aber auch in der Bürgerbeteiligung aktiv ist. Frau K r u g betont, dass auch die Mitglieder des Beirats Partizipation und Integration zu beiden Veranstaltungen herzlich eingeladen sind. Am 30. Juni 2017 von 12 bis 19 Uhr finde dann im Botanischen Obstgarten Heilbronn, der 1. Markt der Beteiligung für alle Heilbronner und Heilbronnerinnen statt. Alle drei Veranstaltungen sind kostenfrei.

Frau K r u g erklärt, dass es auf dem Markt zahlreiche Informationsstände zu städtischen Projekten sowie über das ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement in Heilbronn geben werde. Ab 12 Uhr werde der Markt für alle interessierten Bürger und Bürgerinnen durch Frau Bürgermeisterin Christner und Frau Staatsrätin Erler offiziell eröffnet.

Herr S a t t a r und Frau S i e g l e haben sich bereiterklärt, die Koordination für eine Beteiligung des Beirats Partizipation und Integration auf dem Markt zu übernehmen.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich und ergänzt, dass gut sichtbar geworden sei, dass der Markt der Beteiligung verschiedene Zielsetzungen habe. Zum einen biete er Information darüber, was es alles an Beteiligungsmöglichkeiten in Heilbronn gebe. Zum anderen sei er aber auch eine Wertschätzung all derer, die sich beteiligen und sich freiwillig tatkräftig gesellschaftlich in der Stadtgesellschaft einbringen würden. Man wolle mit allen, die beteiligt seien und die sich in ihrer eigenen Sache als Experten einbringen würden, darüber diskutieren, wie man die Rahmenbedingungen noch weiterentwickeln könne und was noch notwendig sei, dass sich noch mehr Menschen gesellschaftlich engagieren und beteiligen.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r weist darauf hin, dass die Anwesenden hier sehr gute Beispiele seien, da sie wüssten was notwendig sei, was erwartet werde, was motiviere und wo man noch ansetzen könne.

Herr StR T a b l e r stellt fest, dass bei der Aufzählung der Kooperationspartner der größte Verband – der Stadtverband für Sport mit 30.000 Mitgliedern – nicht erwähnt worden sei. Herr T a b l e r fragt daher nach, ob dieser miteingebunden sei. Denn mittlerweile seien viele der Flüchtlinge in den Sportvereinen integriert. Daher sollten die Sportvereine schon an vorderer Stelle mit dabei sein, so Herr T a b l e r.

Frau K r u g merkt an, dass noch ein übergeordnetes Treffen geplant sei, zu dem auch der Sportverband eingeladen werde. Man habe nicht alle Kooperationspartner vorhin erwähnen können, erklärt sie.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r ergänzt hierzu, dass dies ein wichtiger Hinweis sei, denn der Sport sei ein sehr wichtiger Bereich in der Stadt, in dem auch sehr viel an Engagement laufe.

Herr StR B u r k h a r d merkt an, dass durch Vereine Partizipation auch wirklich gelebt werde. Viele der Flüchtlinge seien in der Zwischenzeit in Sportvereine integriert. Die eigentliche Integrationsarbeit und Partizipation finde in einer Vielzahl von Vereinen statt. Hier bekomme man sehr viele Rückmeldungen, dass sich die Flüchtlinge sehr gut in das Vereinsleben integriert haben. Allerdings seien die Sportvereine bzw. der Stadtverband für Sport alleine zu kurz gegriffen. Es sei doch sinnvoller, alle Vereine aus dem Vereinsregister zu fragen, ob sie sich beteiligen wollten. Dann habe man wirklich eine breite Ansprache von Menschen, die sich mit Integration und Partizipation beschäftigen würden.

Frau StRin K ä f e r lobt, dass der botanische Garten bei dem Markt miteinbezogen werde. Hier könne man auch das Pestalozzi Café miteinbeziehen.

Frau K r u g erwidert, dass das Pestalozzi Café auf dem Markt für Kaffee und Kuchen sorgen werde. Auf die Frage von Frau K ä f e r, erklärt Frau K r u g, dass ein Elfchen - ein Gedicht aus 11 Worten - bestehe. Auf dem Markt werden Themen zu Beteiligung und Engagement vorgegeben, über die dann ein „Elfchen“ geschrieben werden könne.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s.

Verteiler:
I/107

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 09. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

Anwesende sachkundige Einwohner/innen: Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj, Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis, Frau von Houwald

Abwesend: StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau Blanco, Frau Das

- 3 -

Gärten der Vielfalt im Rahmen des Programms „Gemeinsam in Vielfalt – lokale Bündnisse in der Flüchtlingshilfe“ – Bericht über die Umsetzung des Projekts

Frau K r u g, Trainee bei der Stabsstelle Partizipation und Integration, stellt das Projekt sowie dessen Umsetzung vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage angeschlossen.

Frau K r u g erwähnt, dass Frau Keicher, Stabsstellenleiterin Partizipation und Integration, das Projekt bereits letztes Jahr vorgestellt habe.

Frau K r u g berichtet, dass der Antrag für das Projekt bzw. die Förderung ‚Gemeinsam in Vielfalt – Lokale Bündnisse in der Flüchtlingshilfe‘ Ende 2016 bewilligt worden sei und sie die Projektansprechpartnerin und Koordinatorin sei.

Von der Stabsstelle sei geplant, die Bürgerbeteiligung im Bereich der Gärten weiter auszubauen und zahlreiche weitere Gärten zu schaffen. Langfristig sollen an mehreren Standorten Gärten der Vielfalt als Begegnungsstätten entstehen und ausgebaut werden und ein fester Bestandteil der Heilbronner Stadtgesellschaft werden.

Frau K r u g erklärt die Ziele des Projekts. Ehrenamtliche sowie Flüchtlinge sollen bei der Ideenfindung, Planung und Umsetzung beteiligt und unterstützt werden. Die Flüchtlinge sollen mit Heilbronner und Heilbronnerinnen gemeinsam gärtnern und hierdurch ins Gespräch kommen. Frau K r u g weist darauf hin, dass es zum Projekt auch eine Facebook-Seite gebe, über die man sich informieren könne.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich herzlich für den Vortrag.

Frau StRin K ä f e r lobt das Projekt. Sie ist allerdings der Meinung, dass eine Schrebergartenanlage, die eine Flüchtlingsfamilie ganz alleine für sich bewirtschaften kann, besser sei. Das fände sie eine gute Sache.

Herr StR B u r k h a r d merkt an, dass es für die Schrebergärten jetzt schon Wartelisten von 2-3 Jahren gebe. Er weist zudem darauf hin, dass man Flüchtlinge zur Mitarbeit am besten über soziale Netzwerke, zum Beispiel über What's App oder Facebook, erreiche. So sei es jedenfalls in seinem Stadtteil. Sein Arbeitskreis habe beispielsweise alle interessierten Flüchtlinge in eine interne Gruppe aufgenommen. Es gebe 150 Adressen in der What's App-Gruppe. Diese bekämen alle Informationen darüber, was gerade angeboten werde. Diese Informationen würden vom Arbeitskreis und einigen Flüchtlingen auch in deren Muttersprache übersetzt. Dadurch blieben die Flüchtlinge immer auf dem aktuellen Stand. Herr B u r k h a r d regt daher an, die verschiedenen Arbeitskreise anzusprechen und diese zu bitten, neue Informationen auch über die sozialen Netzwerke an die Flüchtlinge weiterzuleiten.

Frau G i o k a r i n i s, die in diesem Projekt involviert ist, ergänzt, dass es zum IKUGA-Garten letztes Jahr eine Auftaktveranstaltung gegeben habe. Die syrischen Flüchtlinge haben jeder ein eigenes Gärtchen von 30 Quadratmetern erhalten. Diese hätten richtig geerntet. Es sei ein richtiges Erfolgsprojekt gewesen. Am Montag gebe es wieder eine Zusammenkunft in der Einsteinstraße mit allen Beteiligten. Man werde dort die kommende Frühjahrssaison planen. Frau G i o k a r i n i s ist sich sicher, dass es wieder ein spannendes Jahr werde. Wer sich interessiert sei herzlich eingeladen, sich das Ganze beim Tag der offenen Tür auf dem BUGA-Gelände anzuschauen.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s.

Verteiler:
I/107

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 09. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

Anwesende sachkundige Einwohner/innen: Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj, Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis, Frau von Houwald

Abwesend: StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau Blanco, Frau Das

- 4 -

Aktuelles aus dem Bereich der „Kultursensiblen Pflege“

Frau H e p t i n g, Integrationsbeauftragte der Stadt Heilbronn, stellt Neuerungen im Bereich der „Kultursensiblen Pflege“ vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage angeschlossen.

Frau H e p t i n g berichtet, dass es ein Netzwerk „Kultursensible Pflege“ gebe, das von Frau Keicher ins Leben gerufen worden sei und das sich regelmäßig treffe. In

diesem Zusammenhang sei eine Befragung aller Pflegeeinrichtungen im Stadt- und Landkreis hinsichtlich der interkulturellen Öffnung im ambulanten und stationären Pflegebereich durchgeführt worden. Die Ergebnisse seien im Beirat bereits vorgestellt worden.

Frau H e p t i n g berichtet, Ziel des Netzwerks „Kultursensible Pflege“ sei, die interkulturelle und interreligiöse Öffnung in den Pflegeeinrichtungen bzw. im Pflegebereich zu thematisieren. Netzwerkmitglieder seien Hauptamtliche aus dem Stadt- und Landkreis sowie Mitarbeiter aus dem Pflegebereich, darüber hinaus sind auch Beiräte in diesem Netzwerk vertreten, wie Herr Saric, Frau Lesniewski und Frau StRin Christ-Friedrich. Frau H e p t i n g weist darauf hin, dass sich auch weitere Stadträte, bei Interesse gerne bei ihr melden könnten. Die Netzwerktreffen fänden zweimal im Jahr statt.

Frau H e p t i n g berichtet, dass ein weiteres Projekt zur kultursensiblen Pflege dieses Jahr starten werde. Man habe festgestellt, dass es großen Informationsbedarf gebe, wie man Angehörige zuhause pflege. Eine Referentin von der Heimstiftung Karlsruhe, werde auf Türkisch in zehn Modulen den Angehörigen von Pflegebedürftigen näherbringen, wie sie ihre Familienangehörigen pflegen können.

Die Stabsstelle habe auch für das Projekt „Brücken bauen – interkultureller Demenzkoffer für Pflegeeinrichtungen“, Fördergelder von der Lokalen Allianz für Menschen mit Demenz bekommen, berichtet Frau H e p t i n g, dieses sei bereits vorgestellt worden.

Frau H e p t i n g berichtet weiter, dass letztes Jahr einige Netzwerktreffen zur interkulturellen und interreligiöse Hospizarbeit stattgefunden hätten, wie man am besten unterstützen könne, wenn kulturspezifische Fragen bestünden. Bei den Netzwerktreffen sei man unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, dass zweisprachige Ehrenamtliche ausgebildet werden sollten.

Frau H e p t i n g berichtet darüber hinaus, dass die Stabsstelle Partizipation und Integration in Zusammenarbeit mit dem Projekt samo.fa Lehrgänge für sogenannte Gesundheitsmittler durchführe, weil Bedarf vor allem bei Asylbewerbern z. B. bei Arztbesuchen vorhanden sei.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich und weist darauf hin, dass das Thema kultursensible Pflege auch in der Fortschreibung der Pflegeplanung, an der man momentan arbeite, wiederfinden werde.

Auf Nachfrage inwieweit die Hospizdienste momentan von Ausländern in Anspruch genommen werden, erklärt Frau H e p t i n g, dass diese momentan nur wenig genutzt würden, weil das Thema Hospiz beziehungsweise Sterbebegleitung in anderen Kulturkreisen häufig anders gesehen werde. Sie habe auch bei Netzwerktreffen schon oft festgestellt, dass missverstanden werde, was unter Hospizarbeit zu verstehen sei. Deshalb versuche man, auch hier Aufklärungsarbeit zu leisten.

Frau K ä f e r fragt nach, ob man wisse, wie viele der 24.800 zugewanderten älteren Herrschaften überhaupt in einem Seniorenheim seien.

Frau H e p t i n g berichtet, dass es davon einige gebe. Vor allem im Johanneshaus seien sehr viele mit Zuwanderungsgeschichte vertreten. Momentan gebe es aber wenig muslimische Bewohner, weil viele von ihnen zuhause von den Angehörigen gepflegt würden. Häufig vertreten seien aber Spätaussiedler und Siebenbürger.

Bürgermeisterin C h r i s t n e r teilt mit, dass genaue Zahlen dazu mitgeteilt würden, wenn diese erhoben worden seien und vorlägen.

Frau D ö r r berichtet, dass die Flüchtlinge seit circa einem Jahr da seien und natürlich auch Krankheiten hätten. Zum Teil hätten sie auch Krankheiten wie Tuberkulose und Bandwurm eingeschleppt, die bei uns nicht mehr vorkämen. Diese Menschen kämen dann in Spezialkliniken, wie zum Beispiel nach Löwenstein. Dort habe aber keiner Zeit und Geduld, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Frau D ö r r s Informationen zufolge hätten Flüchtlinge zum Beispiel bei ihrer Entlassung aus den Kliniken keine Arztbriefe bekommen. Hier sei ein Gesundheitsmittler wirklich wichtig, damit die Behandlung weitergehe, betont Frau D ö r r. Sie könne daher die Arbeit der Stabsstelle nur unterstützen und hoffe, dass diese Gesundheitsmittler schnell zum Einsatz kommen.

Frau C h r i s t n e r ergänzt an dieser Stelle, dass sie sich hier auch noch mehr Unterstützung von den Verantwortlichen wünsche. Gerade in einem so sensiblen und persönlichen Bereich, sei es wichtig, dass zwischen Arzt und Patient richtig kommuniziert werde und die Informationen auf beiden Seiten richtig ankämen. Schließlich handle es sich ja auch immer um spezielle persönliche Notlagen, in denen sich die Menschen befänden.

Herr A b d o u l a y e hält dieses Thema für sehr wichtig. Frau Hepting habe das Thema sehr gut erklärt. Er würde aber gerne wissen, was ganz konkret dahinter steckt.

Frau H e p t i n g erklärt, dass man sich zum Ziel gesetzt habe, Pflege für alle zu öffnen. Auch für die, die ihre Angehörigen zuhause pflegen würden. Diese sollten alle wichtigen Informationen dazu bekommen, darunter zum Beispiel auch Informationen zum Pflegegesetz, zum Pflegegeld oder etwa auch darüber, dass die Pflegebedürftigen für zwei Wochen in eine Pflegeeinrichtung gegeben werden können, damit pflegende Angehörige sich erholen können. Diese Informationen sollten allen Bürgern und Bürgerinnen zukommen. Auf der anderen Seite wolle man aber auch die Pflegeeinrichtungen darüber aufklären, dass kultursensible Pflege wichtig sei und aufgrund des steigenden Bedarfs von Pflegeplätzen auch immer wichtiger werde.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r ergänzt hierzu, dass man zwei Zielrichtungen habe. Man wolle zum einen die pflegenden Angehörigen über die Angebote, die es gebe, informieren und zum anderen die Pflegeanbieter noch mehr für die Bedürfnisse der Migranten sensibilisieren, die im Alter in besonderer Weise zu Tage treten würden. Frau Hepting habe das ja schon am Beispiel des interkulturellen Demenzkoffers erwähnt. Diese Themen würde man in der Pflegeplanung dann auch entsprechend aufgreifen. Das Thema werde an Bedeutung noch weiter zunehmen, weil die Zuwanderer, die bei uns leben, älter würden und damit das Risiko der Pflegebedürftigkeit auch zunehme.

Herr StR B u r k h a r d weist darauf hin, dass es beispielsweise im Pflegeheim Johanneshaus das Problem gebe, dass immer mehr Menschen, die dort gepflegt würden, die deutsche Sprache nicht so gut sprechen. Es gebe allerdings durchaus türkisch-sprechende Mitarbeiter, die sich auch in dem kulturellen Umfeld besser auskennen würden als ein Deutscher. Aus der Flüchtlingsarbeit könne er zudem berichten, dass viele bei Arztbesuchen eine Person ihres Vertrauens mitnehmen würden, die in der Regel ihre Muttersprache und recht gut deutsch oder zumindest sehr gut englisch spricht.

Das funktioniere momentan relativ gut und sei viel einfacher als amtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Denn hierbei würden haftungsrechtliche Probleme eine wesentlich größere Rolle spielen – etwa wenn etwas falsch übersetzt worden sei.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r wirft ein, dass nicht alle eine Person zur Verfügung hätten, die diese Arbeit übernehmen könne. Sie stimme Herrn Burkhard aber zu, dass damit auch Verantwortung verbunden sei. Es müsse richtig übersetzt und die Fragen richtig kommuniziert werden.

Frau L u d e r e r hält den interkulturelle Demenzkoffer für eine geniale Idee. Gut sei auch, dass dieser bei der Stadtbücherei zur Verfügung gestellt werde. Sie fragt, ob es dort nur einen Koffer geben werde, der von Hand zu Hand wandere, oder ob es die Materialien in mehrfacher Ausführung gebe.

Frau H e p t i n g erklärt, dass der Koffer bis Ende August 2017 fertiggestellt werden solle und dann für die Ausleihe bereitgestellt werde. Leider könne der Koffer nicht im Ganzen verliehen werden. Die Bibliothek sei dazu übergegangen, die Materialien einzeln zu verleihen. Zur Verfügung gestellt werde der Koffer in der Bibliothek im Bereich der Demenz, wo es künftig auch einen interkulturellen Bereich geben werde. Die Materialien gebe es mehrfach, sodass sie gleichzeitig von mehreren Nutzern ausgeliehen werden könnten.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r ergänzt, dass auch die Pflegeeinrichtungen, die mittlerweile in diesem Bereich schon Erfahrung haben, entsprechende Gegenstände zur Verfügung stellten. Wie von Herrn Burkhard angesprochen, sei das Johanneshaus hier ein sehr gutes Beispiel. Hier kämen sowohl die Bewohner wie auch die Beschäftigten aus ganz verschiedenen Herkunftsländern. Diese Einrichtung habe sogar bereits einen Preis gewonnen, da sie iPads nutze, um die Kommunikation zu erleichtern. Auch die Einrichtungen machten sich also immer wieder Gedanken dazu, wie man dem Bewohnerkreis noch besser gerecht werden könne, betont Frau C h r i s t n e r.

Auf die Frage, wie das Ganze beworben werde bzw. ob die Einrichtungen wüssten, dass es so etwas gebe, erklärt Frau H e p t i n g, dass die Einrichtungen bereits Kenntnis davon hätten und dass man auf jeden Fall einiges in die Öffentlichkeitsarbeit investiert. Es wird auch ein Ausstellungsstück in der Stadtbibliothek geben sowie Plakate, die darauf verweisen. Außerdem werde der Koffer natürlich durch Pressearbeit publik gemacht.

Auch Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r erklärt, dass die Einrichtungen den Demenzkoffer bereits kennen würden.

Auf die Frage von Herrn A b d o u l a y e, was man mit Migranten mache, die die Medikamente von der Krankenversicherung nicht bezahlt bekämen, weil sie zu teuer seien, antwortet Frau H e p t i n g, dass sie in diesem Bereich bisher keine Erfahrungswerte hat. Sie verweist aber auf die mehrsprachigen Informationen, die beispielsweise von der Alzheimergesellschaft oder von den verschiedenen Krankenversicherungen zur Verfügung gestellt würden.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r ergänzt, dass im Einzelfall geprüft werden müsse, warum die Kosten nicht von der Krankenkasse übernommen würden und was hier dann möglich sei.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s.

Verteiler:
I/107

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting

Stadt Heilbronn

Niederschrift über die Verhandlungen

des Beirats für Partizipation und Integration

vom 09. März 2017

Öffentlich

Vorsitzende: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Dr. Merkt, StRin Käfer, StR Prof. Dr. Hackenberg, StR Tabler, StRin Dörr, StRin Luderer, StR Burckhardt

**Anwesende sachkundige
Einwohner/innen:**

Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Herr Fetahaj,
Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric, Herr
Sattar, Frau Siegle, Frau Stoll, Frau Giokarinis,
Frau von Houwald

Abwesend:

StRin Dr. Christ-Friedrich, StRin Köhnle, StR
Mayer, Herr Binder, Frau Baglivi, Frau
Blanco, Frau Das

- 5 -

Bewilligung des IQ-Projekts „Welcome Guides für den Arbeitsmarkt“

Frau H e p t i n g, Integrationsbeauftragte der Stadt Heilbronn, berichtet über das IQ-Projekt „Welcome Guides für den Arbeitsmarkt“ und stellt das Konzept vor.

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage angeschlossen.

Frau H e p t i n g berichtet, dass die Stabsstelle momentan über 400 Mittler in verschiedenen Bereichen einsetzt, die in unterschiedlichen Einrichtungen wie Schulen, Beratungsstellen und weiteren Stellen übersetzen und vermitteln. Einige der Mittler seien bereits in der Ausländerbehörde als sogenannte Welcome Guides tätig. Sie

übersetzen dort jeden Dienstag in Kurdisch und Arabisch für Asylbewerber bzw. Flüchtlinge, wenn Sprachbarrieren bestehen.

Es bestehe nun eine weitere Möglichkeit, diese Welcome Guides mit einem weiteren Aufbaumodul auszubilden, da ein Bedarf an muttersprachlichen Lotsen bei der Integration in den Arbeitsmarkt gesehen werde. Die Stabsstelle hat hierfür vom IQ-Netzwerk, Integration durch Qualifizierung, ein Projekt mit einer Fördersumme in Höhe von 194.000 Euro bewilligt bekommen.

Ziel sei es, Neuzugewanderte mit Migrations- und Fluchthintergrund, schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Welcome Guides sollen Hintergrundinformationen vermitteln unter anderem auch zu Bewerbungsunterlagen und der Anerkennung von Zeugnissen, da bei der Beratung oft nicht genügend Zeit zur Verfügung stehe, berichtet Frau H e p t i n g. Dadurch sollen die hauptamtlichen Beratungsstrukturen verbessert werden. Im BIZ seien die Welcome Guides bereits im Einsatz. Koordinatorin des Projekts ist Frau N a n i von der Stabsstelle Partizipation und Integration.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r bedankt sich für den Vortrag.

Herr StR B u r k h a r d merkt an, dass diese Welcome Guides in der Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen würden. Wobei hierbei der Schwerpunkt nicht auf der Sprachvermittlung liegen sollte, denn man könne Flüchtlinge oder Migranten nur dann vermitteln, wenn sie die deutsche Sprache gelernt haben.

Die Flüchtlinge, die im Herbst 2015 gekommen seien, würden erst jetzt die Deutsche Sprache soweit beherrschen, dass sie überhaupt in eine Arbeitsstelle oder ein Praktikum vermittelbar seien. Das Programm, das die Bundesregierung aufgelegt hat, sei viel zu früh gewesen. Die Flüchtlinge, die er kenne, könnten sich zwar schon gut verständigen, seien aber noch nicht in eine Lehrstelle vermittelbar. Das Jobcenter sage, dass man sie erst ab dem Sprachniveau B2 in eine Lehrstelle vermitteln könne. Vorher nützte ein Welcome Guide nichts. Hinzu komme, dass die Flüchtlinge vormittags oder nachmittags in irgendwelchen Sprachmaßnahmen gebunden seien. Sie könnten also maximal 3-4 Stunden am Tag ein Praktikum machen. Die wenigsten könne man aber in eine Lehrstelle vermitteln. Das Problem liege nicht an den Geflüchteten, sondern daran, dass sie relativ spät erst an Sprachkursen teilnehmen konnten. Einige Flüchtlinge seien erst nach eineinhalb Jahren in Sprachkurse gekommen. Es sei daher schade, wenn das Projekt im September schon auslaufe.

Frau H e p t i n g merkt hierzu an, dass das Projekt zwei Jahre laufe. Bei dem Projekt gehe es nicht nur um Flüchtlinge, sondern um Neuzuwanderer aus dem Ausland. Dies sind erheblich mehr Personen. Bis Ende 2015 kamen mehrere Tausend aus dem Ausland nach Heilbronn. Und diese Personen hätten das gleiche Problem wie die Geflüchteten, da die Wartelisten für die Integrationskurse sehr lange seien. Die Zielgruppe seien Personen, die das Sprachniveau B2 erreicht hätten.

Frau Bürgermeisterin C h r i s t n e r weist darauf hin, dass es bei dem Projekt auch um die Leistungsbeantragung gehe. Hierbei dürfe ja nichts versäumt werden, da dies sonst zu Leistungskürzungen führe. Es müsse auf beiden Seiten Klarheit herrschen, was an Unterlagen und Nachweisen etc. erwartet werde und gebracht werden müsse.

Sie stimme Herrn StR Burkhardt zu, dass die Vermittlung in den Arbeitsmarkt, Ausbildung und Praktika erst dann stattfinden könne, wenn die Sprachkenntnisse dafür auch ausreichen.

Frau StRin Käfer merkt an, dass immer wieder Privatpersonen übersetzen und dafür Geld ohne Rechnung annehmen würden. Dies sei rechtlich nicht zulässig. Sie bittet daher darum, diesen Hinweis weiterzugeben. Denn hier werde die Situation der Flüchtlinge ausgenutzt.

Frau Hepting bestätigt dies und berichtet, dass es in diesem Bereich auch Schwarzarbeit gebe. Man versuche dem durch Warnhinweise, die in mehreren Sprachen übersetzt wurden, entgegenzuwirken, damit die Flüchtlinge hierdurch nicht noch mehr in die Schulden gerieten.

Frau Bürgermeisterin Christner bedankt sich.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird geschlossen.

Verteiler:
I/107

Für den Auszug!
Schriftführerin:
gez. Hepting